

## Wir fordern:

Das grundgesetzliche Recht auf bürgernahe Justiz muss gewahrt bleiben!

Die Überprüfung der Gerichtsstrukturen muss ergebnisoffen erfolgen.

Es muss eine Expertenkommission unter Beteiligung der Fachverbände eingesetzt werden.

In einer gegebenenfalls durchzuführenden Reform kann eine Schließung von Gerichten nur das letzte und darf nicht das erste Mittel sein.

Keine weitere Schwächung der ländlichen Räume!

### Deshalb:

**Die Landesregierung muss ihren derzeitigen Entwurf zur Gerichtsstrukturreform zurückziehen!**

Die Anträge, Reden und Protokolle zum jeweiligen Antrag finden Sie unter:  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)  
Informationen zur Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern finden sie unter: [www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)  
Wenn Sie Fragen haben, wenden Sie sich an uns:

E-Mail: [fraktion@dielinke.landtag-mv.de](mailto:fraktion@dielinke.landtag-mv.de)  
Tel.: 0385-5 25 25 00  
Fax: 0385-5 25 25 09

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Geschäftsstelle  
Lennéstr. 1  
19053 Schwerin

## Kahlschlag bei den Gerichten verhindern!



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

# Geplante Gerichts- strukturreform in MV

Die Landesregierung plant einen Kahlschlag bei den Gerichtsstandorten. Mehr als die Hälfte der Amtsgerichte und ein Teil der Fachgerichte sollen abgeschafft werden.

Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger, denn der Zugang zu den Gerichten etwa in Betreuungs- und Erbscheinangelegenheiten ist ein maßgebliches Kriterium für die Qualität des Rechtsstaats.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich im Landtag mit zwei Anträgen gegen diesen Kahlschlag gewandt. Beide Anträge wurden mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Sie wollen die Reform offenbar wie geplant durchziehen.

# Die Folgen wären verheerend:

- Die Wege zu den Gerichten werden unzumutbar lang. Bürgernähe schwindet. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird der Zugang zu den Gerichten insbesondere für ältere und behinderte Menschen erschwert.
- Steuergelder in Millionenhöhe werden verpulvert.
- Die Abwanderung insbesondere jüngerer Menschen aus den ländlichen Räumen wird beschleunigt.
- Arbeitsplätze werden abgebaut – auch weil Unternehmen, Anwaltskanzleien und Notariate abwandern.
- Wirtschaftskraft an den vom Rotstift betroffenen Standort-Regionen geht verloren.
- Es werden weitere Räume frei, die von rechtsextremistischen Gruppierungen genutzt werden können.